Dr. Marcus Optendrenk
Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Haushalts- u. finanzpolitischer Sprecher der
CDU Fraktion

Düsseldorf, 27. November 2013

Rede zum Haushaltsentwurf 2014

(Allgemeines)

- Die rot-grüne Landesregierung verweigert sich seit drei Jahren strukturellen Reformen. Solide Finanzpolitik findet nicht statt. Das aktuelle Hin und Her beim Kommunalsoli, der Kahlschlag beim Denkmalschutz, die gesamte Inklusionsdebatte und die verfassungswidrige Beamtenbesoldung zeigen, dass ein Gesamtkonzept fehlt.
- Die rot-grüne Landesregierung ist nicht in der Lage, verfassungsfeste und für die Bürgerinnen und Bürger tragbare Veränderungen auf der Ausgabenseite des Landeshaushaltes auf den Weg zu bringen. Diese Verweigerung ist unverantwortlich, ungerecht und unsozial.
- In der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses in der vergangenen Woche haben wir 67 Einzeländerungsanträge vorgelegt, aus denen hervorgeht, wie die Sanierung der Finanzen in Nordrhein-Westfalen dauerhaft gelingen kann. Unsere Haushaltsanträge begleiten wir durch inhaltliche Fachanträge:
  Schul- und Polizeiverwaltungsassistenten und eine Reform des Arbeitsschutzes sind schon in der parlamentarischen Beratung.
  Weitere Fachanträge
  - zu neuen Strukturen beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW,
  - für ein aktives Gesundheitsmanagement im öffentlichen Dienst,
  - um die explodierenden Betreuungskosten im Bereich des Justizministeriums in den Griff zu bekommen
  - und um die Wirtschaftskraft in Nordrhein-Westfalen zu stärken

  kann ich Ihnen schon heute ankündigen.

(Globalpositionen)

- Wie sieht das Konsolidierungskonzept der rot-grünen Landesregierung aus? Die Wahrheit ist: es gibt keins, auch nach dreieinhalb Jahren der Regierung Kraft. Stattdessen haben Sie Kulissen aufgebaut, die so aussehen sollen, als gäbe es einen soliden Haushalt und eine Konsolidierungslinie. Im alten Rußland nannte man das Potemkinsche Dörfer. Hinter den Kulissen sieht es ärmlich und leer aus. Sie setzen auf in Zahlen gegossene Hoffnungswerte:
  - Globale Mehreinnahmen von 300 Millionen Euro
  - Globale Minderausgaben von fast 900 Millionen Euro
- Das heißt: Bei 1,2 Milliarden Euro wissen Sie heute noch nicht, wo sie herkommen sollen bzw. wo Sie sie einsparen wollen. Das erinnert mich an jenen legendären Baron von Münchhausen. Als er schon mit seinem Pferd ganz tief im Sumpf feststeckte, kam er auf die glorreiche Idee, sich doch einfach am eigenen Schopfe aus dem Sumpf wieder herauszuziehen.
- Wir haben im Fachausschuss nachgefragt, wie die Globalen Mehreinnahmen erzielt werden sollen. Steuererhöhungen auf Bundesebene wird es nicht geben. Aber vielleicht auf Landesebene? Unlängst hatten wir eine interessante Berichterstattung zu einer erneuten Grunderwerbsteuererhöhung. Damit wäre

NRW gemeinsam mit Schleswig-Holstein Spitzenreiter. Und junge Familien hätten bei den aktuellen Grundstückspreisen noch mehr das Nachsehen.

- Wir haben auch nachgefragt, wie Sie die Globale Minderausgabe erwirtschaften wollen. Ob es wieder so läuft wie im letzten Jahr: im Schulhaushalt konnte wegen der Globalen Minderausgabe der Vertretungsunterricht nicht bezahlt werden.
- Damit entziehen Sie dem Parlament die Ausgabeentscheidung und beschädigen das Königsrecht des Gesetzgebers.
- Ich frage mich allen Ernstes, ob das die Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen einfach wortlos so mit sich machen lassen. Wer die Steuerungsfunktion des Haushaltes ernst nimmt, muss dieses Vorgehen ablehnen. Oder er muss sich vorwerfen lassen, dass er den Entwurf der Landesregierung einfach nur abnickt. Das wäre dann allerdings ein trauriges Bild einer Parlamentsmehrheit.
- Wir haben Ihnen im Ausschuss den Vorschlag unterbreitet, Ihre Globale Minderausgabe zumindest um einen Teil abzusenken. Aber das haben Sie abgelehnt.
- Ohne Ihre Globalpositionen würde die Neuverschuldung übrigens nicht bei 2,4 Milliarden Euro, sondern bei 3,6 Milliarden Euro liegen.
- Und das setzt sich auch in Ihrer Mittelfristigen Finanzplanung so fort. Sie planen jedes Jahr mit 1,2 Milliarden Euro Globalpositionen – immer knapp an der Grenze des verfassungsrechtlich noch zulässigen.
- Der Grund ist ganz einfach: Sie haben weder Ideen für grundlegende Strukturveränderungen im Landeshaushalt und in der Art, wie das Land seine Aufgaben wahrnimmt. Und da, wo sie die Ideen kennen, scheuen Sie sich, diese Ideen umzusetzen, weil es Mühe macht, Überzeugungsarbeit notwendig wäre oder einfach Ärger bringen würde.
- Ich stelle fest: Sie verwenden viel Energie darauf, Kulissen aufzubauen für Ihre Potemkinschen Dörfer. Es wäre sinnvoller, wenn Sie diese Energie nutzen würden, um unser Land fit für die Zukunft zu machen.

Ein Thema, das Sie in diesem Haushalt 2014 nicht sauber aufarbeiten, hat uns in den letzten Tagen schon mehrfach im Haushalts- und Finanzausschuss beschäftigt: das Thema CIO.
Heute Abend hätten wir uns eigentlich – versteckt in einem Befristungsgesetz – mit diesem Thema als Art. 5 beschäftigen sollen. Aber Sie haben das ja als Koalition wegen Beratungsbedarfes wieder von der Tagesordnung genommen. Es ist auch sehr klar warum.
Da passt nämlich einiges nicht zusammen. Die Ministerien sind bisher nicht bereit, mit eigenen Stellen für den Stab eines solchen Chief Information Officer beizutragen. Das ganze Konzept ist nicht etatreif, es ist unausgegoren und ein Schnellschuss. Und dann haben wir gefragt, warum dieser CIO nach B 8 (also höher als ein Abteilungsleiter) bezahlt werden soll, aber kein politischer Beamter sein soll. Darauf kamen auch nur viele Worte, aber keine plausiblen Erklärungen.

Jetzt ist klar, warum es so unausgegoren und schnell gehen musste: es sollte eine Abteilungsleiterstelle im Innenministerium frei werden. Und der bisherige, allseits sehr geschätzte und kompetente Abteilungsleiter musste eine neue Aufgabe haben. So gibt es bereits seit dem 1.11.2013 einen CIO, aber noch keine Stelle, kein ihm im Haushalt 2014 zugeordnetes Personal, kein fertiges Konzept, aber schon einen installierten Nachfolger für diesen Abteilungsleiter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD,

wenn der von Ihnen früher liebevoll „Jäger 90“ genannte Abgeordnete und heutige Innenminister erfahren hätte, dass sein Vorgänger von der FDP eine solche Operation veranstaltet hätte, ich könnte mir die Stimmlage seiner Empörung, die Lautstärke Ihrer Zwischenrufe, die Heftigkeit Ihres Beifalls leicht ausmalen.
Da wäre von Skandal die Rede, von Vetternwirtschaft, von Versorgung verdienter Parteigänger, von Selbstbedienungsladen und vielem mehr. Mit hochrotem Kopf hätte Ihr „Jäger 90“ hier am Pult gestanden und die Regierung beschimpft.
Heute liest sich das ganz anders: Abteilungsleiterstellen werden nach Beurteilungsergebnissen und Qualifikation vergeben im Innenministerium. Na ja, mag man sagen: nach was denn sonst. Aber wer schreibt die Beurteilung, wer beurteilt die Qualifikation für die Leitung einer großen Personal- und Organisationsabteilung?

Ich will hier nicht weiterfragen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Denn wir sind ja seit dieser Nacht zumindest in Berlin Freunde.
Aber Sie werden es uns als Opposition in diesem Hohen Hause bitte nicht verübeln, wenn wir weiterhin kritisch nachfragen, wenn uns solche Aktionen „spanisch“ vorkommen.
Es wäre gut, wenn Sie bis zur dritten Lesung des Haushaltes 2014 zumindest alle Umsetzungsschritte für die ordnungsgemäße Einrichtung des CIO und die stellenmäßige Zuordnung seines Personals vorgenommen hätten. Dafür ist ja noch drei Wochen Zeit.

(Rot-grüne Vorsorgepolitik – WestLB)

- An einer Stelle in Ihrem Haushaltsentwurf und in der Mittelfristigen Finanzplanung war ich schon sehr überrascht.
- Sie halten inzwischen die bislang eingeplante Vorsorge für die Risiken aus der ehemaligen WestLB von 900 Mio. € für nicht mehr erforderlich.
- Das ist interessant. Damit zeigt sich, dass unser Risikofonds, den wir in 2008 eingerichtet haben, wohl immer noch ausreicht. 800 Millionen Euro stehen dort noch zu Verfügung. Das heißt: Sie leben immer noch von unserer finanziellen Vorsorge. Und das, obwohl Sie ja beim verfassungswidrigen Nachtragshaushalt 2010 schon weitere Vorsorge treffen wollten – damals eine reine Propagandanummer.
- Was mich aber wundert: in Ihrer ganzen Mittelfristigen Finanzplanung bis 2017 finde ich keine Vorsorge mehr für die zukünftigen WestLB-Risiken.
- Auch für die im April 2005 an die NRW.BANK gegebene Werthaltigkeitsgarantie der WestLB-Anteile von über 2 Milliarden Euro finden sich keine Planungen in der Mittelfristigen Finanzplanung.
- Ich hoffe, Ihnen ist bewusst, dass mögliche Risiken aus der WestLB keine Ausnahme im Zusammenhang mit der Einhaltung der Schuldenbremse darstellen: Sie werden 2020 die Null erreichen müssen.
- Ein vorsichtiger Kaufmann würde hier anders vorgehen. Wir werden es Ihnen jedenfalls nicht durchgehen lassen, wenn Sie dann 2016 der verdutzten Öffentlichkeit erklären wollen, dass da leider aus heiterem Himmel Altrisiken der bösen Vorgängerregierung schlagend geworden sind. Das wäre Unfug. Und das wissen Sie auch ganz genau.